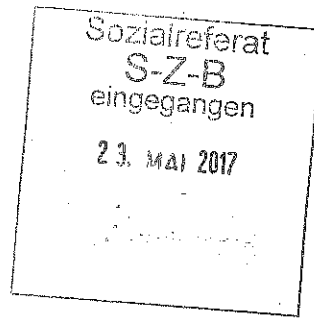


Datum: 18.05.17
Telefon: 0 233-30786
Telefax: 0 233-20827



Anlage 11
Personal- und Organisationsreferat
Organisation
POR-P 3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Gesamtplan III München und Region, Soziale Wohnraumversorgung - Wohnungslosenhilfe“
(Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07276)

Sozialausschuss und Kinder- und Jugendhilfeausschusses am 04.07.2017
Vollversammlung am 26.07.2017

An das Sozialreferat, S-GL-B

Die im Betreff genannte Beschlussvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 10.05.2017 zur Stellungnahme bis 23.05.2017 zugeleitet.

Es handelt sich im Rahmen der Stellenschaffungen im Sozialreferat um einen Finanzierungsbeschluss, der Ausführungen zur Unabweisbarkeit der Stellenbedarfe enthält.

1 Aufgabe

Aufgabe ist es die pädagogische Betreuung (Vermittlung der Kinder in Regeleinrichtungen und Elternarbeit, Unterstützung bei Vermittlung in Spracherwerb) von Resettlementfamilien und Familien afghanischer Ortskräfte zu gewährleisten.

2 geltend gemachte Kapazitätsmehrbedarfe

Stellenschaffungen

2 VZÄ für Erzieher/innen der Fachrichtung Erziehungsdienst (2. QE).

Die vorgesehenen Kapazitätsausweitungen beruhen auf einer freiwilligen Aufgabe.

3 Beurteilung des geltend gemachten Stellenbedarfs

3.1 Ergebnis

Zu den in der Beschlussvorlage dargestellten Kapazitätsmehrbedarfen wird wie folgt Stellung genommen:

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung der künftig geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage zu.

3.2 Begründung

Das Sozialreferat macht mit o. g. Sitzungsvorlage einen Kapazitätsmehrbedarf in Höhe von 2,0 Stellen für das Amt für Wohnen und Migration geltend.

3.2.1 Stellenmehrbedarf dem Grunde nach

Der Stellenmehrbedarf kann dem Grunde nach nachvollzogen werden.

Die Weiterentwicklung der sozialen Wohnraumversorgung in München – mit allen Teilaspekten einschließlich der Wiedereingliederung von Wohnungslosen in den Wohnungsmarkt ist eine zentrale Aufgabenstellung der Stadtverwaltung. Neben Maßnahmen zur Sicherung dauerhaften Wohnraums ist perspektivisch eine Unterbringung der Resettlementflüchtlinge und afghanischer Ortskräfte¹ in sogenannten Mischobjekten geplant. Die Betreuung der Bewohner erfolgt durch Sozialpädagogen/innen und seit 2014 auch durch Erzieher/innen (VV vom 17.12.2014, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V01645). Dadurch sollen die Integrationsprozesse beschleunigt und Selbsthilfeprozesse optimiert werden. Aufgrund der jährlichen Zunahme durch Familiennachzug (Frauen), Schwangerschaften und Geburten wachsen die Kleinfamilien rasant an (Zahl der Kinder wird sich auf über 120 erhöhen). Um die pädagogische Betreuung zu gewährleisten ist der Stellenbedarf daher dem Grunde nach nachvollziehbar.

3.2.2 Stellenbedarf der Höhe nach

Nach Angaben des Amtes für Wohnen und Migration ist damit zu rechnen, dass im Laufe des Jahres 2017 120 Kinder zu betreuen sind. Bei Anwendung des Betreuungsschlüssels von 1:30² und unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen 1,5 VZÄ ergibt sich ein Stellenmehrbedarf von 2,5 VZÄ. Das Amt für Wohnen und Migration beantragt mit diesem Beschluss 2 VZÄ.

Aus Sicht des Personal- und Organisationsreferates kann der geltend gemachte Bedarf damit nachvollzogen werden.

3.2.3 Würdigung der Ausführungen zur Unabweisbarkeit und Nicht-Planbarkeit

Das Sozialreferat stellt nachvollziehbar dar, dass die Aufgaben der pädagogischen Betreuung in diesem Umfang nicht planbar waren.

Das Sozialreferat begründet die Unabweisbarkeit mit nicht planbaren Flüchtlingszuwächsen und den damit einhergehenden Fallzahlsteigerungen. Der notwendige Betreuungsstandard kann dadurch nicht aufrecht erhalten werden. Ohne entsprechende Ressourcen besteht die Gefahr von Gefährdungssituationen und Förderdefiziten bei den Kindern.

Es kann daher aus Sicht des Personal- und Organisationsreferates befürwortet werden, die geforderten Stellen unterjährig einzurichten.

Ferner bitten wir den Vortrag wie folgt zu ergänzen:

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewon-

1 Die Afghanischen Ortskräfte haben den deutschen Soldaten bei ihrem Einsatz vor Ort den Kontakt zur Bevölkerung erleichtert, Übersetzungsarbeit geleistet und wichtige Informationen geliefert. Dadurch haben Sie sich wesentlich in Lebensgefahr (durch die Taliban) gebracht.

2 Es handelt sich hierbei um einen bereits mehrfach anerkannten Betreuungsschlüssel. Dieser wurde bereits bei der Beschlussfassung 2014 zu Grunde gelegt als auch im Bereich der ZEW.

nene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung. Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei, das Direktorium und das Amt für Wohnen und Migration erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.

Dr. Dietrich